Der Landrat verwies auf den Bürgerantrag der Elterninitiative des Sprachheilkindergartens „Die Sprechdachse“ vom 22.06.2019 und merkte an, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 17.12.2018 die Zukunft des Sprachheilkindergartens festgelegt habe. Demnach habe man eine eindeutige Beschlusslage, dass die Trägerschaft des Kreises mit Ablauf der Kindergartenjahres 2019/2020 für die heilpädagogische Einrichtung „Die Sprechdachse“ ende und die Verwaltung beauftragt worden sei, Überlegungen für den Ausbau eines Systems „frühe Hilfen“ sicherzustellen und hierüber dem Ausschuss für Inklusion und Gesundheit regelmäßig zu berichten.

Der Bedarf an logopädischer Förderung für Kinder sei unbestreitbar und bestehe weiter. Er müsse jedoch in einer geänderten Förderlandschaft abgedeckt werden. An diesen Rahmenbedingungen habe sich seit dem Kreistagsbeschluss im Dezember 2018 nichts geändert, sodass seitens der Verwaltung vorgeschlagen wird, den Bürgerantrag abzulehnen und an der bestehenden Beschlusslage festzuhalten. Unabhängig davon sei das Bestreben, behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern möglichst schnell eine Förderung zukommen zu lassen. Über den Ausbau einer Struktur früher Teilhabe werde im Fachausschuss berichtet.

Er schlage vor, den Bürgerantrag abzulehnen.

Abg. Tandler sagte, man müsse den Bürgerantrag in der Art verstehen, dass die Eltern eine gewisse Rechtssicherheit für ihre Kinder erlangen wollten. Er beantrage, den Bürgerantrag nochmal in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen, um diese Thematik intensiv zu beraten.

Abg. Steiner sagte, der Landrat habe zu Recht mitgeteilt, dass es keine neuen Erkenntnisse bzw. Veränderungen in der Grundlage des Kreistagsbeschlusses gäbe. Eine erneute Diskussion des Bürgerantrages im Fachausschuss halte er für nicht richtig, da er Hoffnungen bei den Eltern wecke, die nicht erfüllt werden könnten.

Es sei wichtiger, Lösungen und Alternativen für die betroffenen Kinder zu finden. Das Sozialamt arbeite daran und man könne sich darauf verständigen, dass das Sozialamt über den bisherigen Fortschritt der Maßnahmenfindung berichte.

Im Sinne einer Rechtssicherheit halte er es für wichtig, dass der Kreisausschuss in der heutigen Sitzung über den Bürgerantrag entscheide.

Der Landrat verwies auf den einstimmigen Beschluss zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlags in der Kreistagssitzung am 17.12.2018, wonach die Verwaltung beauftragt worden sei, Überlegungen für den Aufbau eines Systems der frühen Hilfen aus diagnostischer Sicht anzustellen und dem Ausschuss für Inklusion und Gesundheit regelmäßig zu berichten. Er befürchte, dass ein Verweis des Bürgerantrags Hoffnungen bei den Betroffenen wecke, die man nach der Beschlusslage nicht erfüllen könne. Dadurch setze man falsche Zeichen in die verkehrte Richtung.

Abg. Tandler entgegnete, der Bürgerantrag solle aufgrund seiner ausführlichen Begründung akzeptiert werden und demnach in den Fachausschuss zur weiteren Beratung verwiesen werden, um ihn folglich mit den neuen Erkenntnissen und Ergebnissen der Verwaltung zu erörtern.

Abg. Dr. Bieber bemerkte, bei der Anmeldung der Kinder im Jahre 2017 für den Besuch des Sprachheilkindergartens sei den Eltern bekannt gewesen, wann dieser Kindergarten schließen werde. Wenn sich jetzt darüber hinaus Betreuungsbedarf ergebe, habe man in Kenntnis des Schließungsbeschlusses die Kinder angemeldet.

Aufgrund der Tatsache, dass man diese Angelegenheit mit allen Facetten diskutiert und letztendlich nach eineinhalb Jahren einen Beschluss gefasst habe, müsse man an diesem Beschluss festhalten.

Darüber hinaus ziele der Antrag auf die Sicherstellung einer Perspektive der Mädchen und Jungen über das Jahr 2021 hinaus. Das sei eine Angelegenheit der Verwaltung. Wenn die Politik sich in jedem Einzelfall einmische, würde sie keine Kommunalpolitik mehr betreiben, sondern Aufgaben der Sachbearbeitung der Verwaltung.

Da die Verwaltung über diese Thematik im Fachausschuss berichten werde, sei diese Angelegenheit nach Auffassung seiner Fraktion ausreichend behandelt. Schließlich sei das oberste Ziel der Verwaltung, dem Kindeswohl nachzugehen.

Abg. Lehmann erwiderte, man könne nach einem halben Jahr eine andere Sicht auf die Probleme bekommen haben. Darüber hinaus sei im Dezember 2018 eine einstimmige Beschlussfassung zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlags darauf zurückzuführen -zumindest spreche er für seine Person-, dass der Landrat sich für eine möglichst gleichförmige Weiterführung dieses Angebotes einsetze. Zudem verstehe er nicht, warum man nicht die Möglichkeit ergreife, diese Angelegenheit in einem Fachausschuss auszuarbeiten und somit ggf. zu weiteren Erkenntnissen gelange.

Bezüglich des Aufbaus eines Systems der frühen Hilfen sagte der Landrat, dass die Verwaltung in den Fachausschusssitzungen regelmäßig berichten werde.

Abg. Steiner sagte, es sei ein Unterschied zwischen der Intention des Bürgerantrags, eine Weiterführung der Einrichtung und der Beschlusslage, dass ein Weg und Alternativen gefunden werden, um kein Kind zurückzulassen. Diese Alternativen könne die Verwaltung in der nächsten Fachausschusssitzung der Politik vorstellen.

Ein Verweis des Bürgerantrags suggeriere hingegen einen möglichen Erhalt der Einrichtung und setze ein falsches Signal.

Auf Nachfrage des Abg. Dr. Lamberty, ob bereits Alternativen seitens der Verwaltung mitgeteilt werden können, antwortete der Landrat, die Verwaltung werde zur nächsten Fachausschusssitzung eine entsprechende Vorlage erstellen.

Dann ließ der Landrat über den Antrag des Abg. Tandler, den Bürgerantrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu verweisen abstimmen.

Dann ließ der Landrat über den Bürgerantrag abstimmen.